

* Die Versicherungsgesellschaft Danatsekia hat erfahren, daß der deutsche Hilfskreuzer „Prinz Wilhelm“ an der Südküste Südamerikas vier englische Handelsschiffe in den Grund geholt hat.

* In Sofia ist der Archäologe und Berichterstatter Vladimir Eif, ein Tscheche und Bulgarenfreund, von einem Unbekannten, wie die bulgarischen Blätter annehmen, vermutlich von einem Serben erschossen worden.

* Reuter meldet ein Schermüßel zwischen einer kleinen englischen und einer kleinen deutschen Abteilung am Oranjefluß bei Carnarvon. Die Deutschen sollen sich zurückgezogen haben.

* Das Tokioer Gerücht, Japan habe mit Rußland ein Abereinkommen wegen der Insel Sachalin geschlossen, bleibt unbefestigt.

* Der Kaiser hat dem Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten, Dr. Dr.-Ing. von Breitenbach, das Eisene Kreuz zweiter Klasse am weißen Bande mit schwarzer Einsassung verliehen.

* Bei Beantwortung einer Frage im japanischen Abgeordnetenhaus teilte vor Auflösung des Parlaments der japanische Minister des Aeußeren mit, daß kein einziges Land Japan gebeten habe, Hilfstruppen zu entsenden.

* Dem „Daily Chronicle“ zufolge befinden sich jetzt in England 130 000 belgische Flüchtlinge. Jede Woche kommen über Brüssel ungefähr zweitausend an.

* Aus Belgien wird gemeldet, daß die deutsche Verwaltung die Pulverfabrik in Caillille bei Hamont in Betrieb setzte. Unter Leitung deutscher Ingenieure wurde die Arbeit für die deutsche Armee wieder aufgenommen.

* Die Stadtverwaltung von Stettin hat beschlossen, zur „Hindenburg-Spende für das Ostheer“ einen Beitrag von 30 000 Mark zu leisten und einen 30 Meter breiten, 1 1/4 Kilometer langen Straßenzug „Hindenburg-Straße“, eine dicht daneben gelegene monumental gebaute große Doppel-Vollschule „Hindenburg-Schule“ zu nennen.

Der Kapitän der „Caden“ in Malta.

Blauenburg a. S., 28. Dez. Wie das „Blauenburger Volksblatt“ meldet, hat Regimentskapitän v. Müller einen hier lebenden Angehörigen geschrieben, daß er von den Engländern auf die Insel Malta gebracht wurde und dort als Kriegsgefangener weilen muß.

Die Behandlung Belgiens.

Unter der Überschrift „Belgien unter deutscher Verwaltung“ gibt die Nordd. Allg. Ztg. einer Zuschrift von unterrichteter Seite aus Brüssel Raum, die sich gegen die Kritik wendet, die glauben, Belgien würde allzu schonend behandelt. Derartige Ansichten gegenüber wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung in Belgien ihr Möglichstes tut, um Handel und Wandel wieder in Gang zu setzen, um den arbeitenden Klassen Verdienst und Brot zu schaffen, nicht um Belgien damit Liebesdienste zu erweisen, sondern um zu verhindern, daß Hungersnot und Krankheit hinter der Front unseres Heeres dessen Sicherheit und Gesundheit gefährde.

Mit Recht wird dann in der Zuschrift die Frage aufgeworfen, wie denn Belgien die ihm auferlegten finanziellen Leistungen aufbringen soll, wenn ihm der Lebensnerv unterbunden wird, und es wird darauf weiter ausgeführt:

Das Recht des Siegers und die Pflicht gegen die eigene Armee ist es, das eroberte Land zu finanziellen Leistungen heranzuziehen, die, unbeschadet späterer Kriegsschädigung, in Form von Kontributionen aus dem Land gezogen werden. Wir verlangen jetzt von Belgien eine binnen Jahresfrist ratenweise zu zahlende Summe von 480 Millionen. Wie manche andere, so haben sich nun freilich auch die Begriffe von Geld im Laufe des Krieges etwas verändert, und diese halbe Million erscheint in den Augen mancher als eine lächerlich kleine Summe. In Wahrheit aber stellt sie die Grenze der augenblicklichen Leistungsfähigkeit des durch den Krieg schwer mitgenommenen Landes dar. Die bisher durch Vernichtung von Werten in Belgien erlittenen Verluste werden schätzungsweise auf über 5 Milliarden beziffert. Die Kontribution muß zu diesen Zahlen hinzugerechnet werden, und der ganze Betrag muß von Belgien erarbeitet werden, denn in diesem Land, dessen Reichum in erster Linie auf seiner Industrie beruht, fehlt der kleine Rentner, der beispielsweise in Frankreich den größten Teil des Nationalvermögens in barem Gelde und leicht realisierbaren Werten in Händen hält. Die reichen Leute haben Belgien verlassen und ihre Gelder außer Landes geschafft. Vares Geld ist daher nur in geringem Maße zu erhalten. Will man also den günstigen Eingang der Kontributionen sicherstellen, so muß man die Quellen wieder erschließen, aus denen das Geld fließt, d. h., man muß sich bestreben, Handel und Wandel zu beleben, der Industrie und der Landwirtschaft auf die Beine zu helfen, kurz, überall die Möglichkeit des Geldverdienens zu fördern. Die deutsche Regierung, die sich diese Sorgen angelegen sein läßt, handelt demnach in wohl erwogenem Interesse des Vaterlandes und des ihr anvertrauten Gebietes.

Der Rückzug aus Serbien.

Absehung Potiorets.

Der Rückzug aus Serbien, den die Oesterreicher kürzlich antreten mußten und der zur Räumung der eben erst in Besitz genommenen Hauptstadt Belgrad führte, wird jetzt von amtlicher Stelle in Wien begründet. Zugleich wird ein Wechsel im Kommando der Balkanfrontsträfte angezeigt. Das Wiener A. S. Tel.-Korr.-Bureau meldet folgende amtliche Bekanntgebung:

Die nach dem siegreichen Vorgehen in Serbien erfolgte Zurücknahme unserer Kräfte hat verschiedene, teilweise ganz unbegründete Gerüchte entstehen lassen. Es soll daher hiermit auf Grund jener Erhebungen, die ohne Verzug auf Allerhöchsten Befehl durch eine hohe militärische Vertrauensperson an Ort und Stelle gepflogen worden sind, Aufklärung gegeben werden.

Nach den erklärten Erfolgen hatte das Oberkommando der Balkanfrontsträfte die Erreichung des idealen Zieles aller Kriegsführung, die völlige Niederwerfung des Gegners, ins Auge gefaßt, dabei aber den zu überwindenden Schwierigkeiten nicht genügend Rechnung getragen. — In-

folge der Ungunst der Witterung waren die wenigen durch unwirtliches Terrain führenden Nachschublinien in einen solchen Zustand geraten, daß es unmöglich wurde, der Armee die notwendige Verpflegung und Munition zuzuführen. Da gleichzeitig der Feind neue Kräfte gesammelt hatte und zum Angriff überging, mußte die Offensive abgebrochen werden, und war es ein Gebot der Klugheit, die Armee nicht unter ungünstigen Verhältnissen zum entscheidenden Kampfe zu stellen. Unsere in Serbien eingedrungenen Streitkräfte sind, den widrigen Verhältnissen nachgebend, zurückgegangen, sie sind aber nicht geschlagen, sie sehen ungebrochenen Mutes neuen Kämpfen entgegen.

Wer unsere braven Truppen nach dem beschwerlichen Rückzuge gesehen hat, der mußte anerkennen, welch hoher Wert ihnen innewohnt. — Daß wir bei diesem Rückzuge empfindliche Verluste an Mann und Material hatten, war unvermeidlich. — Hierbei sei festgestellt, daß die über das Maß unserer Verluste verbreiteten Nachrichten über die Tatsachen weit hinausgehen.

Seit einer Reihe von Tagen stehen die von allerbestem Geiste besetzten Truppen in guten Unterständen. Sie werden mit allem Erforderlichen versehen; sie harren ihrer Verwendung. Bisher kam es an der Grenze nur zu unbedeutenden Plänkelleien zwischen Patrouillen.

Seine Majestät geruhen, den bisherigen Oberkommandanten auf seine aus Gesundheitsrücksichten gestellte Bitte vom Oberkommando zu entheben und an seine Stelle Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den General der Kavallerie Erzherzog Eugen zu ernennen. Die Nachricht, daß Höchstselbe das so wichtige Kommando über die Balkanfrontsträfte übernimmt, wird in der Armee, in der der Herr Erzherzog höchstes Vertrauen und begeisterte Verehrung genießt, mit dankbarem Jubel aufgenommen werden.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden?

Die Frage nach Deutschlands Lebensmittelversorgung im Kriege findet eine sehr beachtenswerte Beleuchtung in einer Schrift, die der Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft im Königl. Bayerischen Ministerium des Innern, v. Braun, unter obigem Titel erscheinen ließ. Er untersucht als die wichtigste zunächst die Frage der Brotversorgung, indem er genaue Berechnungen über die einzelnen Arten der wichtigsten Lebensmittel anstellt. Auf Grund dieser kommt er zu der Ueberszeugung, daß wir mit Brotgetreide auch bei längerer Dauer des Krieges ausreichen, wenn 1. jede Verwendung zu gewerblichen und zu Futterzwecken unterbleibt, 2. der Weizen teilweise durch Roggen, Gerste und Kartoffeln ersetzt wird, und 3. eine möglichst sparsame Verwendung durch höchstmögliche Mehlausbeutung bei der Vermahlung stattfindet. Die Einhaltung dieser drei Bedingungen wollen auch die kürzlich veröffentlichten Verordnungen der Reichsregierung sicherstellen.

Ministerialrat v. Braun knüpft an diese Auseinandersetzungen folgende sehr beherzigenswerte Mahnung:

„Es wäre allerdings an der Zeit, daß Ernst gemacht wird, denn die Mahnungen, die von der Regierung, und in der Presse an die Bevölkerung gerichtet worden sind, haben bisher kaum einen Erfolg gezeitigt. Die Mehrzahl der Deutschen hat noch nicht so recht begriffen, daß wir in dem gigantischen Kampfe gegen eine Uebermacht stehen, und daß dieser Kampf nur dann zu einem siegreichen Ende geführt werden kann, wenn alle Volksteile, nicht nur unser Heer, ihre Pflichten bis zum äußersten erfüllen. Nach dem ersten lähmenden Eindruck der Kriegserklärungen haben die glänzenden Erfolge der ersten Kriegswochen in weiten Kreisen eine Sorglosigkeit hervorgerufen, die zu unserer Lage ebenso wenig paßt als ratlose Mangelklage. Ein Teil der Bevölkerung glaubt, nachdem wir ja im Lande völlige Ruhe und Ordnung haben... ebenso weiterleben zu können wie im Frieden, und läßt alle wohlgemeinten Mahnungen unbeachtet. Das ist eine Auffassung, die ernste Folgen haben kann. Es besteht, wie gesagt, kein Anlaß, zu befürchten, daß wir ausgehungert werden könnten, aber wir müssen der gewis nicht leichten Lage, in der wir uns befinden, entschlossen und mit voller Klarheit ins Auge sehen. Und wer das tut, kann nicht im Zweifel sein, daß die sorglose Verwendung des Weizens, wie man sie bis jetzt noch überall beobachten kann, nicht so weitergehen darf. Das Opfer, auf das seine Weitergehung zu verzichten, ist im Verhältnis zu den unfähigen Entbehrungen und Strapazen, die unsere braven Truppen ertragen, wirklich so gering, daß es sicher jeder Deutsche willig bringt, und es ist nur die Unkenntnis oder Gedankenlosigkeit, die eine Umkehr bisher verhindert hat.“

Der Feldposttarif.

Kann man den Feldposttarif nicht ändern?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die „Deutsche Tagesztg.“ im Hinblick darauf, daß nach amtlicher Feststellung der Feldpostverkehr fortgesetzt an Umfang zunimmt. Das Blatt schreibt:

Nur mit Hilfe von außerordentlichen Maßnahmen ist es gelungen, ihn zu bewältigen. Insbesondere wird darüber geklagt, daß gleichzeitig oder kurz nacheinander zahlreiche Sendungen von demselben Absender in der Heimat an denselben Empfänger im Felde abgeschickt werden. Es wird empfohlen, die Sendungen zu vereinfachen, auch etwa die Briefe der einzelnen Familienmitglieder an denselben Angehörigen im Felde. Es ist demgegenüber darauf aufmerksam zu machen, daß die gleichzeitige Beanspruchung der Feldpost durch mehrere einzelne Sendungen statt einer einzigen mit durch den Tarif für den Feldpostbriefverkehr bedingt ist. Im allgemeinen gilt sonst der Grundsatz, daß schwere Sendungen mit dem Nachschub des Gewichts billiger werden. So kann man in Deutschland Drucksachen bis 50 Gramm für 3 Pfg. versenden, 100 Gramm kosten 5 Pfg., während man für 10 Pfg. bis zu 250 Gramm ver-

senden kann. Bei der Feldpost ist es umgekehrt. Karten und Briefe bis zu 50 Gramm sind ganz frei. Ueber 50 Gramm kosten sie 10 Pfg. Kann der Absender aus einer Sendung von 100 Gramm zwei Sendungen machen, so sind diese frei. Macht er aber eine einzige daraus, so kostet sie 10 Pfg., gerade im umgekehrten Verhältnis zu der Arbeit der Post. Die Frage läßt sich nicht von der Hand weisen, ob sich hier nicht ein angemessener abgestufter Tarif empfehlen würde. Postkarten mag man vielleicht nach wie vor freilassen, wenn auch 1 oder 2 Pfg. sicher keine unerträgliche Last für die Mehrzahl der Absender wären. Auch Absendungen mit 3 oder 5 Pfg. für Briefe wären nicht unangemessen, vielleicht unter gleichzeitiger Ermäßigung der Gebühr für schwere Sendungen.

Dem zweifellos gutgemeinten Vorschlag des Berliner Blattes können wir keinen Beifall zollen. Wenn in letzter Zeit der Feldpostverkehr erheblich zugenommen hat, so lag das daran, daß Weihnachten vor der Tür stand. Wie viele Familien hat es gegeben, die von der Weihnachtspaketwoche, die vor vier Wochen anberaumt war, keinen Gebrauch gemacht haben, weil sie nicht in der Lage waren, ihren Angehörigen im Felde ein großes Paket zu senden, obwohl sie es gern gewollt hätten. Statt dessen haben diese Leute ein kleines Paketchen, ein Päckchen, geschickt mit einigen Kleinigkeiten wie Zigarren und Tabak, weil sie sich der Not der Zeit entsprechend, keine größere Ausgabe erlauben konnten. Und so ist in den letzten Wochen so mancher Brief im Gewicht von 50 bis 250 Gramm ins Feld gesandt worden, der eine kleine Weihnachtsgabe für einen Familienangehörigen oder einen Freund enthielt. Wenn dabei hier und da die Möglichkeit benutzt wurde, statt eines mit 10 Pfennig zu frankierenden Briefes von 100 Gramm Gewicht zwei zu 50 Gramm unfraankiert zu senden, so zeugt das von einer sehr richtig angewandten Sparsamkeit, die Nachahmung verdient.

Die Steigerung des Feldpostverkehrs wird jetzt zweifellos nachlassen, so daß auch die Arbeit der Feldpost und der Postanstalten wieder abnimmt. Sie wird dieser Arbeit dann wieder leichter Herr werden, wobei zu betonen ist, daß sie dieselbe auch in der Zeit gesteigerten Feldpostverkehrs bewältigt hat. Die Einführung der Frankierung von Feldpostbriefen unter 50 Gramm dürfte wohl auf allgemeinen Widerspruch stoßen.

Deutscher Seemanns Tod.

Die Seeschlacht bei den Färö-Inseln.

Nach dem Kampf bei den Färö-Inseln ist das englische Geschwader unter Admiral Sturdee in Montevideo eingetroffen. Viele dunkle Punkte über den heldenhaften Untergang der deutschen Flotte finden nun ihre Aufklärung aus englischem Munde.

Nach der „New York World“ gelangte die englische Flotte, unbemerkt von allen Handelschiffen, bis zu den Färö-Inseln und nahm am 7. Dezember Aufstellung in der von hohen Bergen umgebenen Bucht von Port Stanley in der Weise, daß die Dreadnoughts hinter den Bergen versteckt blieben. Der Plan gelang vollständig. Das deutsche Geschwader traf am 8. Dezember ein und begann den Kampf wider die ihm allein sichtbaren englischen Kreuzer. Das deutsche Geschwader bestand aus den Kreuzern „Scharnhorst“, „Gneisenau“, „Dresden“, „Leipzig“, „Nürnberg“ und dem Hilfskreuzer „Prinz Eitel-Fried“, das englische aus den Dreadnoughts „Invincible“ und „Inferible“, den Kreuzern „Canopus“, „Kent“, „Cornwall“, „Carnarvon“, „Bristol“ und „Glasgow“. Der Kampf entbrannte sofort sehr heftig, als plötzlich die englischen Dreadnoughts

eingriffen. Bei der großen Ueberlegenheit des Feindes gab Graf Spee seiner Flotte den Befehl, sich zu zerstreuen, aber es war zu spät. Die englischen Dreadnoughts richteten ihr Feuer auf die deutschen Kreuzer „Scharnhorst“ und „Gneisenau“, während die englischen Kreuzer die kleineren deutschen Kreuzer beläupften. Die englischen Dreadnoughts wurden wieder und wieder, der „Invincible“ zwanzigmal,

von den deutschen Schüssen getroffen, die aber an den schweren Panzern nur kleinen Schaden anrichteten. Nicht viel fehlte jedoch daran, daß ein deutsches 210-Millimeter-Geschoss den Turm des „Invincible“ zerstört hätte.

Die englischen Geschosse trafen den „Scharnhorst“ unaußerlich vom Vorder- bis Hinterdeck und brachten die deutschen Geschütze nacheinander zum Schweigen. Aber es kam

kein Zeichen der Ergebung, bis beide Kreuzer zwischen den Feuern untergingen. Bis zuletzt blieb die Flagge des Admirals von Spee sichtbar. Der „Scharnhorst“ versank um 1 Uhr nachmittags, der „Gneisenau“ um 6 Uhr. Die „Nürnberg“ wurde von der „Kent“ verfolgt und sank. Die „Leipzig“ wurde von der „Glasgow“ beschossen. Als die „Leipzig“, in Feuer gehüllt, im Begriff war, unterzugehen, stellte die „Glasgow“ das Feuer ein, fuhr dicht an das deutsche sinkende Schiff heran und ließ Boote herab. Als jedoch die ersten britischen Boote ausfuhren, um die Besatzung der „Leipzig“ zu retten, schoß die „Leipzig“ noch einmal. Das Geschoss explodierte auf dem Deck der „Glasgow“.

Daraufhin feuerte die „Glasgow“ die letzte Breitseite auf die „Leipzig“, die diese zum Sinken brachte.

Die britischen Offiziere bedauern, daß von der „Leipzig“, offenbar in der Hitze des Kampfes, dieser letzte Schuß abgegeben wurde. Sie glauben, daß es sich um einen bedauerlichen Zufall handelte. Ein Leutnant und 21 Mann der „Leipzig“ wurden von der „Glasgow“ aufgenommen. Im ganzen sollen

150 Deutsche gerettet

sein. Die „Dresden“ und „Prinz Eitel-Fried“ retteten sich nach Punta Arenas, wo sie sich mit Kohlen versorgten. Bierzehn Stunden nach ihrer Abfahrt trafen die „Bristol“ und „Glasgow“ dort ein.

Als der „Scharnhorst“ dem Untergang nahe war, signalisierte ihm „Canopus“, sich zu ergeben. Admiral von Spee antwortete, daß er noch imstande sei, eine Ladung abgeben zu können. Das Schiff versank, während die Mannschaft auf dem Deck salutierte. Als der „Gneisenau“ sank, hatte er die ganze Munition verschossen, wollte jedoch nichts von der Uebergabe wissen. Beim Untergang salutierte viele Offiziere; ein Teil der Besatzung sammelte sich auf dem Hinterdeck und sang

„Die Wacht am Rhein“.

Eine große Anzahl, darunter auch Offiziere, wurden nachher gerettet. Einige starben an Bord der englischen Schiffe; die übrigen wurden nach England gebracht. Von dem „Scharnhorst“ wurde niemand gerettet. Der Kommandant der „Sneisenau“ soll sich ebenfalls unter den Geretteten befinden.

Die ganze Schilderung zeigt, wie heldenmütig die deutschen Kreuzer gegen die englische Uebermacht gekämpft haben, wie ihre Besatzung, bis die Wellen über ihren Schiffen zusammenschlugen, auf ihrem Posten ausgeharrt hat. So sterben deutsche Seeleute.

Politische Rundschau.

— Berlin, 28. Dezember.

Proteststreiken.

22. Nachdem der Bundesrat durch Bekanntmachung vom 17. Dezember die Proteststreik für Wechsel, die im Elsaß-Lothringen, in der Provinz Ostpreußen oder in einzelnen Kreisen Westpreußens zahlbar sind, sowie für solche im Stadtkreis Danzig zahlbaren gezogenen Wechsel, die als Wohnort des Bezogenen einen in Ostpreußen oder in einem der beteiligten westpreussischen Kreise liegenden Ort angeben, anderweit festgesetzt hat, ist die Postordnung vom 20. März 1900 entsprechend geändert worden. Postprotestaufträge mit Wechseln der bezeichneten Art werden in Fällen, in denen der Auftraggeber nicht auf der Rückseite des Auftrages anders bestimmt hat und der Protest nicht wegen ausbrüchlicher Zahlungsverweigerung oder aus anderen Gründen schon nach der ersten Vorzeigung zu erheben ist, erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgelegt:

1. wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli bis einschließlich 1. September 1914 eingetreten ist, — am 1. Februar 1915;

2. wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 2. September bis einschließlich 31. Dezember 1914 eingetreten ist, — fünf Monate nach dem Zahlungstage;

3. wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 29. April 1915 eintritt, — am 31. Mai 1915;

4. wenn der Zahlungstag des Wechsels am 30. April 1915 oder später eintritt, — am dreißigsten Tage nach Ablauf der Protestfrist des Art. 41 Abs. 2 der Wechselordnung.

Als Zahlungstag gilt der Fälligkeitstag, wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, der nächste Werktag. Fällt der Schlußtag der Frist zur Vorzeigung des Wechsels auf einen Sonn- oder Feiertag, so tritt der nächste Werktag an seine Stelle.

Seife mit Kartoffelmehl verboten.

22. Der Bundesrat hat durch Verordnung die Verwendung von Kartoffelmehl und anderen Erzeugnissen aus der Kartoffel zur Herstellung von Seife verboten. Das Verbot war erforderlich, um die bislang zur Fällung von Seife verwendeten, erheblichen Mengen von Kartoffelmehl künftig der Brotbereitung zu erhalten. Der wissenschaftliche Verlauf von verbotswidrig hergestellter Seife ist gleichfalls verboten und unter Strafe gestellt. Vor Erlaß des Verbots mit Kartoffelmehl gefüllte Seife darf auch weiterhin verkauft werden.

Der Landesverräter Weill.

22. Die sozialdemokratische „Frankf. Tagespost“ in Nürnberg erklärt in einem Leitartikel über den Abgeordneten Weill, der von 1906—1909 Redakteur der Zeitung war, daß dieser sich außerhalb der Gemeinschaft des deutschen Volkes gestellt und sich damit der allgemeinen Verachtung preisgegeben habe. Weill sei ein Mann von beträchtlicher Begabung, doch habe es ihm stets an der inneren Festigkeit gefehlt und er habe seinen prinzipiellen Standpunkt zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie so rasch wie seine Krawatte gewechselt. Die „Frankf. Tagespost“ schließt wie folgt: „Weill hat ausgespielt. Er bleibt allein verantwortlich für das, was er verbrochen hat und wird bald im Dunkel der Verachtung und des Vergessens verschwinden, aus dem keine Wiederkehr ist.“

Vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird im „Vorwärts“ folgende Erklärung veröffentlicht: „Von dem Abgeordneten unserer Partei Dr. Georg Weill haben wir seit Schluß der letzten Reichstagsession keine Nachricht erhalten. Auch unsere Nachforschungen blieben ohne jeden Erfolg. Bestätigen sich die durch die Presse gebrachten Mitteilungen, daß er in die französische Armee eingetreten ist, so hat er sich durch diese auf das schärfste zu verurteilende Handlung selbstverständlich außerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion gestellt. Weitere Schritte werden der Partei vorbehalten.“

Gegen Liebknecht.

22. Die sozialdemokratische „Altenburger Volkszeitung“ veröffentlicht einen interessanten Feldpostbrief eines Sozialdemokraten, der im Westen kämpft. Er schildert darin unter anderem kurz, welches Echo Liebknechts Verhalten im Reichstage in den Reihen der kämpfenden Sozialdemokraten gefunden hat.

„Eben erzählen mir meine Kameraden,“ schreibt er, „daß Liebknecht im Reichstage gegen die neuen Kriegskredite gestimmt habe. Alle Kameraden finden das Verhalten schamlos. Ich habe die Zeitung noch nicht, weiß also nicht, wie ihr euch dazu stellt. Das eine aber steht fest, Genosse Liebknecht dürfte für sein Verhalten wenig Zustimmung finden. Es zeugt von wenig Disziplin des Genossen Liebknecht der Partei gegenüber. Was sollte denn da eigentlich werden? Ist Liebknecht etwa der Meinung, daß es sich unter der russischen Knete besser leben läßt? Er scheint wenig Ahnung zu haben von der Arbeit und den Entbehrungen der im Felde Stehenden. Sei es, wie es wolle, es wird auch ohne Liebknecht weiter vorwärts gehen. Zum Siege, trotz alledem!“

Das Baugeschäft in Belgien.

22. Das stellvertretende Generalkommando in Atonn erläßt eine Bekanntmachung, wonach auf Veranlassung des Generalgouverneurs in Belgien folgendes bekanntgegeben wird:

„Von Baugesellschaften, Unternehmern, Architekten usw. sind vielfache Angebote um Uebertragung von Arbeiten, sowie Gesuche einzelner Personen um Aufstellung bei den belgischen Behörden eingelaufen. Aus diesen Angeboten und Gesuchen scheint hervorzugehen, daß in

Deutschland vielfach die Ansicht herrscht, in Belgien finden die Wiederherstellungen und Neubauten in größerem Umfange statt. Da dies nicht der Fall ist, vielmehr in Belgien alles nur so weit wieder hergestellt und ausgearbeitet wird, als es für die nächstliegenden Zwecke nötig ist, konnten von der Anzahl der Bewerber nur einige wenige berücksichtigt werden, und der bestehende Bedarf ist schon seit langem gedeckt. Es wird deswegen darauf aufmerksam gemacht, daß weitere Gesuche zwecklos sind und wegen der Arbeitsüberhäufung bei den belgischen Behörden nicht beantwortet werden können.“

Italien.

22. Das Interesse, das Italien an Albanien hat, hat infolge der dort fortgesetzt stattfindenden Unruhen zur Besetzung von Balona durch die Italiener geführt. Es sind im Einvernehmen mit der Wiener Regierung dort Matrosen gelandet worden, die durch ein Regiment Bersaglieri abgelöst werden sollen. Der italienische Admiral Pariss hat folgende Proklamation an die Bevölkerung von Balona gerichtet: „Die ersten Unruhen, die in kurzen Zeitschnitten in diesem Gebiet aufeinander folgten, haben den Verkehr und die begonnenen Arbeiten lahmgelegt und bringen Leben und Eigentum der Bewohner in Gefahr. Die italienische Regierung als wahrer Hüter der Geschichte Albaniens wünscht, daß eure schwer bedrohte Ruhe gesichert werde. Auf euren Wunsch herbeigeeilt, gehen italienische Matrosen von den Schiffen an Land, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zu eurer Schutze.“

Weihnachten im Felde.

22. Die Weihnachtsfeier unserer Truppen an der Westfront ist ohne Störung durch den Feind und in der vorgesehenen Weise verlaufen. Unsere Gegner hatten trotz der Bemühungen verschiedener neutraler Staaten und des Papstes nicht in einen Waffenstillstand während der Feiertage eingewilligt, deshalb wurde unsererseits beschlossen, den Truppen nicht einheitlich am 24. zu beschern, um dem Feinde jede Möglichkeit zu unliebsamen Ueberraschungen zu nehmen. So wurde das Fest gewissermaßen etappenweise begangen: hinter der Front leuchteten die Weihnachtskerzen und vorn im Schützengraben hielten die Feldgrauen treue Wacht, bis die Abkühlung sie ebenfalls unter den Weihnachtsbaum führte.

Unser Kriegsbereicher Paul Schwebel verbrachte die Christnacht bei der Vögeler-Armee und sendet uns über deren Verlauf folgenden poetischen Bericht:

Christfest im Wasgenwald.

Die Nacht war kalt und finster
Und Wetterwolken drohn,
Da naht von Straßburg Münster
Maria mit dem Sohn.

Sie trägt heut keine Krone,
Feldgrau ist ihr Gewand,
Am Arm ein rotes Kreuz
Auf einem weißen Band.

Die Hirten auf dem Felde,
Sie liegen auch heute da,
Die Gloden jubeln und melden:
Wacht auf, der Herr ist nah!

Nun steh'n sie unterm Baume
Und sehn sich staunend an,
Es ist ihnen wie im Traume,
Daß man noch beten kann.

Der Herr hebt segnend die Hände
Ich bin euch immer nah,
Ich kenne das Gelände
Bethlehem — Golgatha.

Hinweg mit Sorgen und Bangen,
Es ist ja Weihnachtszeit.
Hei, wie die Feldgrauen fangen
Und wie sie ihm taten Bescheid.

Drauf, als der Glanz erloschen,
Sie nahmen die Waffen zur Hand.
Nun wird wieder feste gedrösch
Für König und Vaterland.“

Lothales.

22. Der Wert der Anzeigen in den Tageszeitungen. Dem Zirkular einer in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Firma entnimmt der „Westf. Merkur“ folgenden interessanten Abschnitt: „Dazu kommt, daß ich mich für die Dauer des Krieges durch eine Konvention mit hiesigen großen Firmen verpflichtet hatte, für Insertion und Reklame nur einen bestimmten Betrag abzugeben. Dieser Betrag betrug jedoch nicht die Hälfte der sonst in früheren Jahren für mein Geschäft verausgabten Reklamekosten. Der Verschlechterung der Geschäftslage, die der Krieg mit sich brachte, hätte ich aber durch laufende Zeitungsinserate vorbeugen müssen; statt dessen war ich gebunden und arbeitete mit großem Verlust.“ — Ein besserer Beweis für die Notwendigkeit der Insertion in Kriegszeiten läßt sich kaum erbringen!

22. Die Kriegsweste. Die Militärbehörde macht auf einen Mißstand aufmerksam, der die sogenannten Militärwesten aus Seidenstoff betrifft, die als Kälte- und Rassechutz empfohlen werden. Die hierzu verwendeten Seidenstoffe für die Herstellung von Schirmen können keineswegs als geeignetes Material für Militärwesten angesehen werden. Sie sind zu dünn, um Wärme zu spenden, und die Appretur der Stoffe bietet nur aerinamen Schutz gegen die Feuchtigkeit. Zudem steht der Preis für Seidenwesten in gar keinem Verhältnis zu dem für andere sogenannte Militärwesten. Während für Seidenwesten 6—12 Mark gefordert werden, sind Westen aus imprägnierten Stoffen mit oder ohne Wollfutter in bester Ausführung schon zum Preise von 3—5 Mark erhältlich.

22. Die Butter wird wieder billiger. In Wiesbadener Spezial-Butter-Geschäften wurde gestern das Pfund Butter mit Mk. 1,50 notiert.

22. 28. Dezember. Für den Bereich der preussisch-belgischen Staats- und der Reichseisenbahnen ist die sofortige Einführung eines Ausnahmesteuers für Manioka- oder

Manioka-Knollen (Cassaba-Wurzeln), getrocknet, Rückstände der Stärkegewinnung aus Manioka-Knollen, zu Futterzwecken angeordnet worden, dem die Sätze des Spezialtarifs III zu Grunde liegen

Eingefandt.

Für den Inhalt dieser Rubrik ist die Redaktion nicht verantwortlich.
22. Bierstadt, den 28. Dezember. Das Eingefandt vom 24. dieses Monats in Nummer 302 der Bierstädter Zeitung, betreffend Einquartierungsfragen ist in sehr gebäffiger Weise geschrieben und bedarf schon um deswillen einer Einigung. Bierstadt genöß schon seit langen Jahren den besten Ruf einer gastfreundlichen Gemeinde. Wie wohl fühlten sich beispielsweise die Soldaten des 116. Regiments im Herbst 1905 und wie wurden sie gut verpflegt! Wie gut waren auch jetzt die Truppen in unsere Gemeinde aufgenommen. Der Kern der Sache, weshalb man eine Eingabe um Verlegung der Truppen einreichte, ist doch lediglich darin zu suchen, daß die Orte Sonnenberg, Rambach, Koppenheim e.c. bis jetzt fast ausschließlich von Einquartierungs-lasten verschont geblieben sind. Wären alle Orte um Wiesbaden mit Einquartierung bedacht gewesen, so wäre wohl niemals eine Eingabe gemacht worden. Was jetzt von Bierstadt aus geschieht ist, das hat Erbheim vorher gemacht und dieser Ort ist seitdem ziemlich verschont geblieben. Hat man damals einen hiesigen Geschäftsmann, hzw. Wirt, schreien hören über die garstigen Erbheimer, die die braven Krieger vertreiben? Wenn unseren Landwirten in dem Eingefandt ein Heiß verlegt werden soll, so fällt derselbe ins unrechte Lager. Unsere Bauern haben wahrlich zur Linderung der Kriegsnot genug gegeben. Man bedenke nur, daß bis jetzt die vielen Centner Kartoffeln, die auf der Bürgermeisterei ausgegeben werden, alle unentgeltlich geliefert worden sind, dazu Milch, Obst, Gemüse für die Rinderschule. Man bedenke einmal, welchen Prozentsatz machen die eigentlichen Geschäftsleute in Bierstadt aus? Sind die paar Leute, die durch die Einquartierung Nutzen ziehen, wirklich berechtigt zu fordern, daß die große Mehrheit der Bevölkerung auf lange Zeit hinaus Lasten zu tragen hat, während andere Gemeinden leer ausgehen? Wer bisher Einquartierung hatte, der hatte pro Mann und Tag etwa eine Mark zuzulegen, bei den eben sehr steigerten Lebensmittelpreisen. Dies macht also 500 Mann gerechnet, pro Tag 500 Mark, pro Monat also 15 000 Mk. Diese Last hätten also unsere Einwohner zu tragen. Nachdem unsere Gemeindeglieder diese Last monatlang getragen haben, ist doch wohl kein Verbrechen, wenn man die Last auf andere ebenso starke Schultern abzuwälzen sucht. Und nun fassen wir die Sache einmal von der anderen Seite auf. Man sagt hier, die Geschäftsleute bezw. die Wirte, denn um diese handelt es sich eigentlich, sind in dieser Kriegszeit übel daran. Wenn dies stimmt, dann sind es aber auch die Wirte in Sonnenberg, Rambach etc. Wenn also hier die Wirte monatlang ein gutes Geschäft gemacht haben, ist es nicht eigentlich christlich, wenn sie auch ihren Kollegen der Nachbargemeinde diesen Verdienst einmal zukommen lassen. Zudem werden die Soldaten auch in den Nachbarorten sorgsame Pflege finden, sodaß sie den Wechsel gar nicht so sehr empfinden. Daß die Soldaten gerade vor den Feiertagen wandern müssen, war ja wohl für unsere Quartiergeber wie für die Truppen peinlich. Aber über den Termin der Verlegung hätte nur die Militärverwaltung zu entscheiden und nicht unsere Gemeinde. Wozu nun diese große Erregung? Sollte der Krieg noch lange andauern, so wird auch unsere Gemeinde wieder einmal in den Genuss der Einquartierung kommen. Sollte aber kein Militär mehr in unsere Gemeinde kommen, so tragen die Herren Wirte indirekt hieran die Schuld. Denn die Militärverwaltung zieht auch ihre Schlüsse, wie folgt: Die Wirte Bierstadts legen alles daran, die Einquartierung zu behalten; folglich haben die Truppen viel verzehrt und manche Stunde im Wirtshaus zugebracht! — Ob die Abordnung der Gemeindeglieder zum Herrn Regierungspräsidenten eine so ganz geheime war, oder von einer der beiden Körperschaften in die Wege geleitet worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Man wird aber wohl das letztere annehmen müssen, denn wenn einige Herren auf eigene Faust hier einen solchen Schritt unternehmen würden, das wäre allerdings unrichtig gehandelt. Vielleicht gibt es in dieser Angelegenheit noch volle Klarheit.

Ein vollständig Unparteiischer. R.

22. Wiesbaden, 28. Dez. Geradezu überhäuft werden in letzter Zeit die hiesigen Bäckereien, nach einem Hinweis des Polizei-Präsidenten mit Aufträgen auf das Backen von Kuchen. Der Polizeipräsident glaubt, daß es in Anbetracht der gegenwärtigen Lage unbedingt notwendig ist, daß das Kuchenbacken auf das Mindestmaß eingeschränkt werde.

22. Wiesbaden, 28. Dez. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß von den für den Regierungsbezirk Wiesbaden zuständigen Zentral-Verde-Depots Darmstadt und Kassel Stuten, die sich als tragend erweisen oder nicht sich zur Zucht eignen, bis nach der Abholung an Landwirte unentgeltlich gegen Fütterung und Pflege ausgeliehen werden. Die Ausleihung erfolgt auf Widerruf. Die von den ausgeliehenen Stuten fallenden Fohlen verbleiben den Entleihern.

Manoli
Zigaretten
Frisch
frisch!

Juristischer Briefkasten.

Frage:

Fragesteller wird vorgeworfen, daß er vor etwa 25 Jahren dem Verleumder aus einem Gelfah einen Geldbetrag genommen hätte. Da Fragesteller den angeblichen Diebstahl energisch bestritten, will er gegen den Verleumder gerichtlich vorgehen. Der angebliche Diebstahl ist von dem angeblich Bestohlenen seinerzeit weder angezeigt, noch dem angeblichen Diebe vorgehalten worden. Die Behauptung des Diebstahls erfolgte erst jetzt nach 25 Jahren vom Verleumder. Haben jetzt nach etwa 25 Jahren gerichtliche Schritte des sich verleumdet Fühlenden gegen den Verleumder Aussicht auf Erfolg und ist gerichtliche Bestrafung des letzteren zu erreichen?

Antwort:

Der Beleidigte kann gegen den Verleumder die Privatklage wegen Beleidigung anstrengen. Wie weit die Tat, deren er beschuldigt wird, zurückliegt, ist hierbei gleichgültig. Die Klage muß jedoch binnen drei Monaten erhoben werden, und zwar beginnt die Frist mit dem Tage, an welchem der zur Klage Berechtigte von der Handlung und von der Person des Verleumders Kenntnis erhalten hat. Falls der Beleidigte und der Verleumder in demselben Gemeindebezirk wohnen, so ist die Erhebung der Privatklage nur zulässig, wenn vorher ein Sühneversuch fruchtlos verlaufen ist. Der Beleidigte muß daher den Verleumder, falls sie in demselben Gemeindebezirk wohnen, zunächst vor den Schiedsrichter laden. Dieser stellt, falls der Sühneversuch erfolglos ist, ein Attest hierüber aus, und dieses Attest muß mit der Privatklage eingereicht werden. Die Privatklage wird beim Schöffengericht eingereicht. Die Ladung zum Sühnetermin muß so rechtzeitig erfolgen, daß nach deren fruchtlosem Verlauf noch die Privatklage binnen drei Monaten nach dem oben gedachten Zeitpunkt eingereicht werden kann.

Bekanntmachung.

Der Verteilungsplan über die Jagdpachtgebührenteile des gemeinschaftlichen Jagdpachtbezirks Bierstadt (Feld- und Waldjagd) für die Zeit vom 7. August 1914 bis 6. August 1915 liegt vom 25. Dezember 1914 ab zwei Wochen lang zur Einsicht der Interessenten auf der Bürgermeisterei zu Bierstadt offen.

Dies wird mit dem Anfügen hiermit veröffentlicht, daß Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit des Planes binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem Jagdvorsteher anzubringen sind.

Bierstadt, den 24. Dezember 1914.

Der Jagdvorsteher:
Hofmann, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Den Besitzern und Pächtern der mit Obstbäumen bepflanzten Grundstücke an Vizinal- und Gemeindefriedhöfen wird auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vom 30. September 1811 und 7. Januar 1812 hiermit aufgegeben, bis spätestens zum 15. Januar 1915 die sämtlichen über den Straßenrand reichenden Äste und Zweige ihrer Bäume zu entfernen.

Kommen sie dieser Aufforderung nicht oder nicht ordnungsmäßig nach, so werden die Arbeiten durch einen Dritten auf ihre im Zwangsverwaltungsverfahren einzuziehenden Kosten ausgeführt werden.

Bierstadt, den 22. Dezember 1914.

Die Polizeiverwaltung: Hofmann.

Bekanntmachung.

Der Verkauf von Feuerwerkskörpern sowie jegliches Schießen, Singen und sonstige Ruhestörung in der Sylvesternacht ist verboten.

Zu widerhandlungen werden auf Grund des § 367 Ziffer 4 b 8 bzw. § 368 Ziffer 7 des Reichsgesetzes mit Geldstrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

Bierstadt, den 23. Dezember 1914.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Privatkrankenkasse

Bierstadt.

Sonntag, den 31. Januar 1915, nachmittags 3 Uhr findet eine ordentliche Mitgliederversammlung

Jahresschluß-Versammlung

im Gasthaus „Zur Krone“, (Bef. L. Mai) statt.

Anträge einzelner Mitglieder, die der Entscheidung der ordentlichen Mitglieder-Versammlung unterbreitet werden sollen, sind spätestens 2 Wochen nach Schluß des Geschäftsjahres vom 1. Januar ab bei dem Vorsitzenden Adolf Groß anzumelden.

Verspätete Anträge werden auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung gesetzt. Ueber Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen, kann in der Mitgliederversammlung ein Beschluß nur dann gefaßt werden, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

Der Vorstand.

Wo? bekommen Sie billig, schick und modern garnierte

Damenhüte?

Im Mode-Geschäft Frau Schulz

Wiesbaden, Wellrigstr. 2.

Form und alle Zutaten billigt.

Aus Stadt und Land.

Ein pflichttreuer Polizeibeamter. In wachen dem Gegensatz zu der Angst mancher Beamten in der Dämmerung, die aus Angst vor den Russen Hals über Kopf die Flucht ergriffen, stand das Verhalten des Polizeikommissars Oskar Böper in Maguit. Er hat während der Russenzeit in Abwesenheit des Bürgermeisters durch sein besonnenes, taktvolles Handeln die Stadt Maguit vor großem Schaden bewahrt. Plündernden russischen Soldaten, die er in der Villa von Seiten antraf, ist er energisch und mit Erfolg entgegengetreten. Von den Russen wurde er gezwungen, 19 leichtverwundete Soldaten aus dem Kreisstranzenhaus auszuliefern und unter Haftung mit seinem Leben vollzählig nach Tilsit zu bringen. Drei davon waren ihm entwichen, doch fand er zwei einige Kilometer von der Stadt entfernt wieder, während er den dritten mit Hilfe seines Polizeihundes „Lur“ in der Nähe des Bahnhofs ebenfalls stellte. Die sich ihm nach der Flucht der drei Soldaten bietende Gelegenheit, selbst zu fliehen, um sein Leben zu retten, benutzte er nicht, da er mit Recht fürchtete, über die Stadt namenloses Unglück zu bringen. Für dieses Verhalten und die bewiesene Pflichttreue erhielt Böper jetzt durch die Vermittlung des Oberpräsidenten eine Belohnung von 250 Mark.

Verhängnisvoller Erdbeben. Infolge eines Erdbebens, den die Regengüsse der letzten Tage verursacht haben, sind in Balmontone (Italien) 5 Häuser eingestürzt. Vier Tote und 12 Verwundete wurden geborgen. Man befürchtet, daß noch etwa 20 Personen unter den Trümmern liegen. Von Rom ging ein Hilfszug ab.

Die Neujahrsglückwünsche der Residenzstädte Berlin, Potsdam und Charlottenburg an das Kaiserpaar, die sich auf unmittelbare Veranlassung des Kaisers in letzter Zeit nicht mehr des schriftlichen Weges bedient haben und gelegentlich der Gratulationscoure von den Oberbürgermeistern und Stadtverordnetenvorstehern der drei Städte im Schloß mündlich vorgebracht wurden, sollen diesmal wieder schriftlich übermittelt werden, da alle fest-

lichen Veranlassungen zum Jahreswechsel unterbleiben. Die drei Residenzstädte richten ihre Glückwünsche an den Kaiser nach dem Großen Hauptquartier.

Das Kriegsfachstudium der Berliner Universität. Am Schluß der ordnungsmäßigen Einschreibung waren an der Universität Berlin für das laufende Wintersemester 8139 eingetragene Studierende, davon 469 Theologen, 1504 Juristen, 1866 Mediziner und 4303 Philosophen. Von den 8139 Studierenden sind 1444 neu eingeschrieben. Die Zahl der zum Studium als Hospitantinnen zugelassenen Frauen beträgt 99.

Volkswirtschaftliches.

Getreidepreise. Am Montag, 28. Dez., kosteten 100 Kilo (Weizen: B., Roggen: R., Gerste: G., Hafer: H.) Breslau: B. 24,70—25,20, R. 20,70—21,20, G. 19,70—19,90, H. 20,40. Berlin: B. 25,20—25,80, R. 21,30, G. (über 68 Hg. 28) bis 28,50, H. 20,80—21. Frankfurt a. M.: B. 27,50, R. 23,50, G. 23,50, H. 20,10 bis 20,60. Hamburg: B. 26,80—27,50, R. 22,70—23,30, G. (über 68 Hg.) 29,80—30.

Mode-Haus

Moden- und Familienblatt. Rangos.

2 monatlich je 40 Seiten mit Schnittbogen.

Abonniert von M. 1.— hat eine Reichhaltigkeit und eine Fülle von M. 1.— hat eine Reichhaltigkeit und eine Fülle von M. 1.—

Jährlich: Tausende Bilder u. Modelle.

Maldaners Berliner Pfannkuchen

Um dem Publikum, wie in jedem Jahr Sylvester etwas besonderes zu bieten, gebe ich trotz der Teuerung der Rohmaterialien Pfannkuchen mit feinsten Füllung das Dutzd. mit Mk. 1.— ab.

Wilh. Maldaner
Wiesbaden, Marktstrasse 34.

Für Militär

empfehle ich in grosser Auswahl und in bekannt guten Qualitäten:

Leibbinden, Kopfschützer, Lungen-schützer, Kniewärmer, Stau-chen, Socken, Strümpfe, Handschuhe, Unter-hosen, Wämse, Haut-jacken, Sweaters.

Militär-Stiefel und Schuhe.
Frau M. Kauffmann,
Schierstein.

Jede Frau ihre eigene Schneiderin!

Schönste und praktischste Neuheit
„Wiener Chic“ Schnell-Zuschneide-System.
In kaum 5 Minuten erlernt jede Frau, jedes Mädchen nach diesem System Blusen zuschneiden. Unentbehrlich in jedem Haushalt. Preis komplett mit Anleitung Mk. 2.75.
Wiener Chic-Vertrieb L. Geiss, Wiesbaden, Westendstrasse 19.

Hüte, Mützen, Schirme

Herren- und Damen-Neuheiten
in großer Auswahl kauft man gut
und billig im
Put- und Mützen-Geschäft

von
Jean Nix, Wiesbaden, Bleichstraße 11.
Elektrische Bahn, weiße Linie (Bierstadt—Dohlem, Haltest. Dohlemstr.)
Eigene Werkstätte und Mützenmacher.

Friedrich Exner

Neugasse 16 · Wiesbaden · Fernspr. 1924

Unterhosen, Unterjacken, Hemden,
:: Socken, Strümpfe, ::
Leibbinden, Brust- und Rücken-schoner, Kniewärmer, Pulswärmer, Schiess-Handschuhe, Ohrenschützer, Militär-Sturmhauben, Fusslappen, Fuss-schlüpfer, Hosenträger, Taschentücher.

Feldgraue Strickwolle.
Das Verpacken der Feldpostpakete und -Briefe in dazu geeigneten Kästen wird bestens besorgt.
Orden, Ordensbänder, Ordensdekorationen.

Drucksachen

werden schnell und billig angefertigt in der
Buchdruckerei der Bierstadter Zeitung.

Schwarze Kleidung

als Spezialität der Firma stets
in grosser
Vielseitigkeit
im Lager



Bestellungen werden sofort erledigt

Telef. 6365

S. GUTTMANN

3-Zimmer-Wohnung
(mit Zubehör) zu vermieten
Adlerstraße 5, Bierstadt.

2 Zimmer u. Küche
zu vermieten.
Bierstadt, Friedr. Str. 12.

„Die Hilfe“
Berlin-Schöneberg
Wochenschrift für Politik,
Literatur und Kunst.
Herausg. Dr. Fried. Naumann
Probe-Abonnement
kostenfrei. * Anzeigen
überall gesucht